

Mikrokredit-Anlagefonds: Rentabler als Sparen 3

Die UNO hat das Jahr der Mikrokredite ausgerufen. Ihr Einsatz zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern kann zum rentablen Geschäft für westliche Banken werden.

Mascha Madörin

Neu am Mikrokredit-Geschäft in den Entwicklungsländern ist, dass sich die Privatbanken dafür zu interessieren beginnen. Weshalb? Das UNO-Jahr der Mikrokredite mag dabei behilflich sein, ebenso die öffentliche Entwicklungshilfe, die weltweit in dieser Sache um die Grossbanken-Zuneigung buhlt. Der Grund dürfte aber prosaischer sein: Es rentiert, wenn auch wenig, aber immerhin mindestens so gut wie heute Sparen-3 oder Anlagen bei der Eidgenossenschaft.

Die Credit Suisse, die Raiffeisen-Gruppe, die Basler Privatbank Baumann & Cie und – man staune – die Alternative Bank (ABS) sowie der holländische Andromeda-Fonds haben in der Schweiz die Anlageplattform „ResponsAbility“ gegründet. So wie Oikokredit erwirtschaftet ResponsAbility eine Rendite von ungefähr 2% pro Jahr (HandelsZeitung 20.10.04). Inzwischen sind auch die Swiss Re, die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Schweizerische Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) in das Projekt eingestiegen. Seco und DEZA «teilen mit responsAbility das Ziel, die Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse armer Menschen in Entwicklungs- und Transitionsländern zu verbessern.» Es gehe darum, «neben einem wirtschaftlichen Nutzen» auch einen «sozialen Mehrwert» anzustreben (www.responsAbility.ch). Eine viel versprechende Win-win-Situation – vor allem für die Investoren.

Wenn auch eine 2%-Rendite hierzulande nicht sehr gross zu sein scheint, so ist es doch eine Rendite, welche die Armen erarbeiten müssen, ohne dass der erarbeitete Reichtum bei ihnen bleibt. Vor Ort bedeutet eine 2%-Rendite angesichts von Inflation oder möglichen Währungsverlusten einen wesentlich höheren Zins als 2%, der nicht lokal reinvestiert oder für Beratung ausgegeben wird, sondern eben ins Ausland abfließt. Nancy Barry, seit 1990 Präsidentin von Women's World Banking und vorher in hoher Position der Weltbank, glaubt nicht, «dass die Lösung in Grossfinanzierungen liegt, auch wenn so Anlagen aus den Vorsorgesystemen der überalterten westlichen Länder in kapitalhungrige Entwicklungsländer geleitet und bei beschränktem Risiko profitabel investiert werden könnten.» (Schweizer Bank 1/2005, S. 33). Sie setzt auf die Ersparnisse auf regionaler Ebene.

Trotzdem argumentieren heute verschiedene VertreterInnen der hiesigen entwicklungspolitischen Szene für die Finanzierung von Mikrokreditsystemen durch Anlagefonds. Ihre Begründung: Laut Schätzungen werden jährlich 500 Mio. bis 1 Mrd. US-Dollar Neukapital für Mikrokredite benötigt. Das könne durch die Entwicklungshilfe allein kaum aufgebracht werden. Diese Argumentation ist ein ökonomischer Unsinn, weil eine gross angelegte Finanzierung von Mikrokrediten durch ausländische Kredite die

Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer vergrössern würde. Die Hilfe zur Selbsthilfe der Armen würde damit zum Exportzwang für die armen Länder, weil nur durch Mehrexporte zunehmende Schuldendienste finanziert werden können. Der Kapitalbedarf von Mikrokreditsystemen sollte deshalb im grossen Stil nur durch ausländische Entwicklungshilfe à fonds perdu finanziert werden oder dann durch das Land selbst – beispielsweise mit einem Gegenwertsfonds nach einer Schuldenstreichung oder durch inländische Ersparnisse via Regional- oder Armenbanken.

Aber so viel entwicklungsökonomischen Sachverstand kann man offenbar von der DEZA und dem seco nicht verlangen.